



Niederschrift über die öffentliche

### **Sitzung des Gemeinderats**

am 17.12.2015 im Sitzungssaal Steinscheuer bei der Häckermühle in Großheppach

Beginn: 19:05 Uhr, Ende: 20:25 Uhr

#### **Anwesend:**

##### Vorsitz

Herr Oberbürgermeister Jürgen Oswald

##### Mitglieder

Herr Theo Bachteler

Herr Bernhard Dippon

Herr Friedrich Dippon

Frau Sabine Dippon

Herr Markus Dobler

Herr Christian Felger

Ab 18:40 Uhr, befangen bei TOP 1

Herr Wolf Dieter Forster

Frau Karin Gaiser

Herr Volker Gaupp

Frau Doris Groß

Herr Ernst Häcker

Frau Petra Klöpfer

Herr Julian Künkele

Ab 18:42 Uhr

Frau Bettina Lenz

Herr Hakan Olofsson

Herr Hans Randler

Frau Dr. Annette Rebmann

Ab 18:09 Uhr

Herr Michael Scharmann

Ab 18:23 Uhr

Frau Isolde Schurrer

Herr Dr. Manfred Siglinger

Frau Ina Steiner

Herr Rolf Weller

Herr Ulrich Witzlinger

Ab 18:02 Uhr

Herr Armin Zimmerle

##### Schriftführer

Herr Ulrich Beyschlag

#### **Entschuldigt:**

##### Mitglieder

Herr Daniel Kuhnle

Herr Tibor Randler

## **Öffentliche Tagesordnung**

1. Bürgerfragestunde
2. Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2016 BU Nr. 199/2015
- 2.1. Haushaltsreden der Gemeinderatsfraktionen
- 2.2. Änderungsvorschläge der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf BU Nr. 231/2015
- 2.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 BU Nr. 233/2015  
- Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplanentwurf
3. Beratung und Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2016 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung BU Nr. 199/2015
4. Beratung und Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2016 des Eigenbetriebs Stadtwerke BU Nr. 216/2015
5. Bebauungsplan „Stubenweg“, Weinstadt-Großheppach, Satzungsbeschluss Aufstellung des Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren und Satzung über örtliche Bauvorschriften, Behandlung der Stellungnahmen BU Nr. 236/2015
6. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes

## 1. Bürgerfragestunde

Keine Fragen.

- |             |  |                        |
|-------------|--|------------------------|
| <b>2.</b>   | <b>Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2016</b>                          | <b>BU Nr. 199/2015</b> |
| <b>2.1.</b> | <b>Haushaltsreden der Gemeinderatsfraktionen</b>   |                        |
| <b>2.2.</b> | <b>Änderungsvorschläge der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf</b>   | <b>BU Nr. 231/2015</b> |
| <b>2.3.</b> | <b>Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 - Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplanentwurf</b> | <b>BU Nr. 233/2015</b> |

Oberbürgermeister Oswald ruft den Tagesordnungspunkt auf. Anschließend werden die Haushaltsreden vorgetragen.

Stadtrat Weller für die FWW:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Oswald,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Deißler,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung  
sehr geehrte Damen und Herren,

die finanzielle Situation, vor allem im Hinblick auf die Mittelfristige Finanzplanung ist düsterer denn je. Trotz konjunktureller „Hochphase“ steigen unsere Schulden in den kommenden 4 Jahren voraussichtlich auf über 30 Millionen EUR. Eine Rücklage ist nahezu nicht mehr vorhanden, ab 2017 kann stand heute keine ausreichende Zuführung mehr aus dem laufenden Betrieb erwirtschaftet werden. Ab 2018 wird sogar eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt notwendig werden, um die laufenden Kosten decken zu können.

Wie soll es erst weitergehen, wenn die Konjunktur wieder ins Stottern gerät und dadurch wichtige Einnahmequellen wegbrechen?

An diesem Punkt müssen wir unser Handeln, unsere Ziele aber auch unsere Ansprüche neu überdenken.

Was will sich unsere Stadt in den kommenden Jahren leisten, vielmehr, was kann sich unsere Stadt in den kommenden Jahren noch leisten.

In vielen Bereichen müssen wir zukünftig auf gewohnte Standards verzichten und uns auf unsere Kernaufgaben konzentrieren. Es ist unabdingbar, vor allem strukturelle Einsparungen zu erzielen. Dieser Verzicht auf gewohnte Leistungen wird sich in vielen Bereichen bemerkbar machen. In diesem Zusammenhang können wir nur zum wiederholten Male auf das Verständnis unserer Bürger hoffen.

Neben den Einsparungen wird das kommende Jahr auch von steigenden Gebühren und Steuern geprägt sein.

Außer der Erhöhung der Abwasser- und Kindergartengebühren stehen auch Steigerungen im Bereich der Gewerbe- und Grundsteuer B an. Uns ist allen bewusst, dass diese Erhöhungen

teilweise zu starken Belastungen der einzelnen Haushalte und Betriebe führen werden. Keinem fällt dieser Schritt leicht, dies haben die vielen E-Mails, Gespräche und Sitzungen in den letzten Wochen und Monaten deutlich gemacht.

Die enormen Kosten im Bereich der Kleinkindbetreuung und die Errichtung und Unterhaltung von Ganztageschulen belasten jedoch nach wie vor unseren Haushalt sehr stark. Auch die geplanten und abgemilderten Gebührenerhöhungen im Bereich der Kleinkindbetreuung ändern kaum etwas an dieser Tatsache. Im Gegenteil, die Kluft zwischen Gebühreneinnahmen und laufenden Kosten geht immer weiter auseinander.

Langfristig kann diese Tendenz so nicht weitergehen. Hier sehen wir ganz klar Bund und Land in der Pflicht. Es kann nicht sein, dass Kommunen ständig neue Bürden aufgelegt bekommen, während sie anschließend mit der Finanzierung dieser Aufgaben alleine gelassen werden. So muss der Landeszuschuss für die Kleinkindbetreuung schnellstmöglich nochmals deutlich erhöht und Investitionszuschüsse ebenfalls angepasst werden.

Im Schulbereich steht 2016 und 2017 vor allem der Ausbau der Großheppacher Friedrich-Schiller-Schule zur Ganztagesgrundschule im Focus. Auch diese Investitionsmaßnahme kostet die Stadt mehrere Millionen EUR. Doch es ist nur folgerichtig, nach dem Ausbau der Kleinkindbetreuung auch den Ganztagesschulbereich auszubauen. Wichtig beim Ausbau der Großheppacher Friedrich-Schiller-Schule ist eine bedarfsgerechte Dimensionierung für ganz Weinstadt. Denn der Ausbau einer weiteren Grundschule zur Ganztageschule ist aktuell und mittelfristig? nicht finanzierbar.

#### Flüchtlingsstrom

Ein weiteres Thema, auf welches wir in den nächsten Jahren sicherlich ein Hauptaugenmerk legen müssen, ist die Versorgung der großen Zahl von Flüchtlingen. Wenn auch im Falle der Erstunterbringung die Kosten noch vom Land erstattet werden, steigen die finanziellen Belastungen spätestens bei der darauf folgenden Anschlussunterbringung. Nicht nur Wohnraum muss gesucht, angemietet oder geschaffen werden. Vor allem muss in eine gute Integration investiert und gegebenenfalls weitere Kindergartengruppen und Schulklassen eröffnet werden. Dadurch werden möglicherweise noch weitere Investitionen notwendig. Das ganze Ausmaß kann heute noch gar nicht abgeschätzt werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich Bund und Land in Sachen Anschlussunterbringung ihrer Verantwortung bewusst sind und hier die Kommunen nicht wieder? im Regen stehen lassen.

Ausdrücklich möchten wir an dieser Stelle unser größtes Lob an alle ehrenamtlichen aber auch hauptamtlichen Helfer aussprechen. Ohne dieses außergewöhnliche Engagement wären wir alle nicht in der Lage, die Situation zu meistern.

#### Remstal Gartenschau

Unter dem Arbeitstitel „Weinstädter Ideengarten“ wurden in den letzten Monaten mehrere Infoveranstaltungen und Werkstätten gemeinsam mit den Weinstädter Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Dabei wurden viele Ideen, Vorstellungen aber auch Sorgen und Zweifel seitens der Bürgerschaft eingebracht. Für dieses Engagement wollen wir uns herzlich bedanken. Im März entscheidet nun der Gemeinderat, welche Projekte umgesetzt, welche zurückgestellt oder komplett gestrichen werden sollen.

Auch diese Entscheidungen werden von der finanziellen Lage der Stadt überschattet. Wie bereits im letzten Jahr ausgeführt, ist es uns deshalb sehr wichtig, jedes einzelne Projekt nochmals zu hinterfragen und sich vorrangig auf die Projekte entlang des Remsufers, vom Birkel-Areal bis zur Häckermühle, zu konzentrieren. Für uns als Freie Wähler steht bei der Entscheidungsfindung neben den Kosten und der Attraktivität der Projekte vor allem auch deren Nachhaltigkeit im Vordergrund.

### Hochwasserschutz

Das Thema HQ 100 begleitet uns seit vielen Monaten. Hier bieten die Projekte der Remstal Gartenschau – gerade im Bereich der Häckermühle große Chancen. In diesem Zusammenhang folgt in den nächsten Jahren auch ein weiteres Großprojekt. Trotz der enormen Kosten für das RÜB Schachen in Strümpfelbach stehen die Freien Wähler Weinstadt geschlossen für die Umsetzung dieser Maßnahme. Es wäre nicht auszudenken, welche Auswirkungen eine Überschwemmung von Strümpfelbach durch ein fehlendes RÜB hätte.

### Ansiedlung von Unternehmen

Aufgrund mangelnder Erweiterungsmöglichkeiten haben in den letzten Jahren einige Unternehmen die Stadt verlassen. Es sind gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten notwendig um die Stadt auch künftig attraktiv für die hier angesiedelten Unternehmen zu halten und den Zuzug neuer Betriebe zu fördern. Die Kommune ist insbesondere aufgefordert, gewerbliche Baufläche nicht nur als Gewerbefläche, sondern auch als Industriegebiete auszuweisen. Eine große Hoffnung war das geplante Gewerbegebiet Metzgeräcker. Da dieses nun kurzfristig nicht umgesetzt werden kann, muss unbedingt zeitnah eine Alternative gefunden werden.

### Anträge

Bei den Haushaltsanträgen verweisen wir auf die mit den anderen Fraktionen interfraktionell gestellten Anträge.“

Stadtrat Dr. Siglinger für die GOL:

„Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Weinstadt,  
sehr geehrte Herren Oberbürgermeister Oswald und Bürgermeister Deißler,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Die finanziellen Perspektiven für unsere Stadt sind alles andere als rosig. Die Zahlen dazu hat bereits mein Vorredner dargestellt. Dieser finanziellen Schiefelage gilt es entschlossen gegenzusteuern! Die erstmals von allen Gemeinderatsfraktionen gemeinsam gestellten Haushaltsanträge sind deshalb für die GOL ein wichtiges und starkes Signal der gemeinsamen Handlungsbereitschaft an die Bürgerschaft. Die darin genannten Einsparungen im laufenden Betrieb von mehr als 300.000 € sind ein erster Schritt zur Konsolidierung des Haushalts. Angesichts erheblicher Kostensteigerungen, die allein im Personalbereich knapp 900.000 € umfassen, kommen wir aber um Steuererhöhungen nicht herum. Dabei meinen wir, dass alle, die von den Leistungen der Stadt profitieren, auch die Lasten mitzutragen haben. Neben der Heraufsetzung der Grundsteuer B auf bebaute Grundstücke um absolut 9,7 % soll deshalb auch die Gewerbesteuer um 15 Hebesatzpunkte erhöht werden. Diesen Anstieg um absolut rund 5 % erachten wir als vertretbar. Wir greifen nur ungern zu diesem Finanzierungsinstrument und müssen umso kritischer auch mit den Ausgaben umgehen. Mit den Nachträgen unseres Kämmers und den gemeinsamen Vorschlägen der Fraktionen wird sich die Ertragslage des Verwaltungshaushalt um 1,2 Mio. € verbessern. Dieser wichtige erste Schritt reicht jedoch nicht aus, um den Stadthaushalt nachhaltig auf gesunde Beine zu stellen. Deshalb soll gleich im neuen Jahr eine Haushaltskommission sämtliche Ausgaben- und Einnahmeposten der Stadt durchforsten. Zum Beispiel gehören Freiwilligenleistungen an Dritte auf den Prüfstand. Oder es gilt zu klären, welchen Aufwand und Nutzen die Einführung einer Zweitwohnungssteuer oder von Parkgebühren bringen würde. Klar ist, dass Sparmaßnahmen und Erhöhungen bei Steuern und Gebühren immer auf Widerstände stoßen werden. Dies trifft auch auf die geplante Erhöhung der Kindergartengebühren ab Mitte des kommenden Jahres zu. Hier in Weinstadt wurde in den letzten Jahren viel in den Ausbau und die Qualität der Betreuungsangebote investiert. Selbst nach der Gebührenerhöhung müssen

aber immer noch 85 % der Kosten von der Allgemeinheit getragen werden. Die GOL geht deshalb diesen Weg mit, jedoch bleiben einkommensabhängige Gebühren für uns die gerechtere Lösung. Und wenn die Wertschätzung frühkindlicher Bildung ernst gemeint würde, dann müsste zumindest der Ü 3- Bereich ebenso vom Land finanziert werden wie die schulische Bildung.

#### Flüchtlinge in unserer Stadt

Die anhaltende Flüchtlingswelle fordert die Handlungsfähigkeit der Stadt in vielen Bereichen heraus. Die Kommune ist zuständig für Kinderbetreuung, Schule, Begleitung der Flüchtlinge, deren Integration in die hiesige Lebenswelt und die „Herkulesaufgabe“ der Schaffung ausreichenden Wohnraumes. Unstrittig ist deshalb, dass im Ordnungsamt mehr Personal für das Ausländerwesen benötigt wird und dass unsere Integrationsfachkraft Maximilian Zirkel sich künftig in Vollzeit um die Flüchtlinge kümmern soll. An dieser Stelle möchten wir allen Helferinnen und Helfern beim Arbeitskreis Asyl unseren besonderen Dank aussprechen für ihr segensreiches Wirken. Man kann es erahnen, welche Zustände ohne dieses bürgerschaftliche Engagement herrschen würden und wie die daraus entstehenden Konflikte die fremdenfeindlichen Strömungen in unserer Gesellschaft befeuern würden. Deshalb appellieren wir an die Bürgerschaft: Helfen Sie weiterhin den in akuter Notlage zu uns gekommenen Menschen und tragen Sie so auch zum sozialen Frieden in unseren Ortschaften bei!

Angesichts der knappen kommunalen Mittel können wir die dauerhafte Integration der Flüchtlinge jedoch nicht alleine finanzieren. Deshalb sind Bund und Land gefordert, rasch Sonderfonds einzurichten, die unbürokratisch die dafür benötigten Gelder bereitstellen.

#### Sozialer Wohnungsbau

Laut einer aktuellen Erhebung zählt Weinstadt zu den 30 Städten in Deutschland mit den höchsten Wohnungsmieten und erschwinglicher Wohnraum ist knapp. Für unsere wirtschaftlich schlechter gestellten Bürger wird sich der Mangel an bezahlbaren Wohnungen weiter verschärfen, wenn in den kommenden Jahren zusätzlicher Wohnraum für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen benötigt wird. Daher fordert die GOL von der Stadtverwaltung, rasch ein Konzept zu entwickeln und dem Gemeinderat vorzulegen, wie die Stadt den Mietwohnungsbau fördern oder selbst als Bauherr tätig werden kann. Gut gefällt uns der aktuelle Vorschlag des Gemeindetags, diese Aufgabe an einen kommunalen Eigenbetrieb zu übertragen. Zur Finanzierung könnte das von der grün-roten Landesregierung fürs nächste Jahr angekündigte Förderprogramm sozialer Wohnungsbau mit einer Förderquote von 25 % wesentlich beitragen. Ziel muss es sein, bereits in 2016 erste Projekte zu starten. Und wenn in Kürze das Baugebiet Halde V entwickelt wird, sind dort verbindlich Flächen für den sozialen Wohnungsbau auszuweisen.

#### Straßenbeleuchtung

Viele Straßenleuchten in Weinstadt sind noch mit den stromfressenden Quecksilberdampflampen ausgerüstet. Deren Umrüstung auf LED-Technik amortisiert sich in wenigen Jahren, spart Strom und schont so das Klima. Mit dem gemeinsamen Haushaltsantrag will die GOL erreichen, dass diese Umstellung nicht ins Stocken gerät. Damit die Umrüstung zügig und nicht nur in Trippelschritten vorankommt, sollte die Straßenbeleuchtung als weitere Sparte bei den Stadtwerken angesiedelt werden. Diese könnten das Ziel der flächendeckenden Umrüstung unternehmerisch angehen und dann auch gleich noch den Strom für Straßenlampen liefern.

#### Mobilität in der Stadt

Jeder begrüßt die mobile Gesellschaft, aber keiner will Dauerstaus und Parkdruck. Da würde es helfen, wenn mehr Bürger für innerörtliche Wege das Fahrrad oder das Pedelec nutzen würden. Dazu braucht es aber attraktive und sichere Radwege. Wie von uns seit Jahren gefordert, muss als erster Schritt ein Radverkehrskonzept für Weinstadt erstellt werden. Eine gute Grundlage dafür liegt mit der von Studenten der Stuttgarter Hochschule für Technik im

Jahr 2014 erarbeiteten Radweganalyse bereits vor. Außerdem sollten wir dazu das örtliche Expertenwissen vieler Radlerinnen und Radler einbinden. Eine weitere Forderung der GOL ist der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen, wofür auch ein Förderprogramm des Landes genutzt werden kann. Wie z.B. in Waiblingen zu besichtigen, erleichtern erhöhte Bordsteinkanten den Einstieg und strukturierte Bodenplatten führen auch sehbehinderte Personen sicher zur Einstiegsstelle. Es gilt nun, einen Anfang zu machen an Haltestellen, die besonders häufig von mobilitätseingeschränkten Personen genutzt werden.

Der politische Druck auf die Bahn AG muss verstärkt werden, damit die gemeingefährlichen und diskriminierenden Haltestellen Stetten-Beinstein und Beutelsbach in absehbarer Zeit durch Erhöhung der Bahnsteige entschärft werden. Dazu gilt es, auch den Verband Region Stuttgart als Auftraggeber für den S-Bahn-Verkehr in die Verantwortung nehmen. Angesichts mehrerer Unfälle beim Ein- und Ausstieg mit erheblichen Verletzungen fragt man sich, ob erst ein tödlicher Unfall geschehen muss, ehe die Verantwortlichen reagieren.

#### Sportvereinszentrum

Für den Vereinssport und die gesamte Stadt eröffnet das Zusammengehen der drei großen Sportvereine zur Sportgemeinschaft Weinstadt tolle Perspektiven. Die GOL unterstützt die Planungen der SGW für ein Sportvereinszentrum in der Nähe des Bildungszentrums, denn dies ermöglicht zusätzliche Sportangebote und stärkt die finanzielle Basis der Vereinsarbeit. Vorteile für die Stadt wären außerdem die Mitnutzung für den Schulsport und die Entlastung bei den knappen Sporträumen. Angesichts dieser Chancen sollte die Stadt der SGW ein Baugelände auf Erbpachtbasis und die Übernahme einer städtischen Bürgschaft für den Baukredit in Aussicht stellen.

#### Städtisches Rathaus

Der GOL ist es sehr wichtig, dass bereits im kommenden Jahr geprüft wird, welche Alternativen die Stadt hat, wenn im Jahr 2020 der kostenaufwändige Mietvertrag für die Räume im Reichenecker-Areal ausläuft. Diese Planüberlegungen mit Kostenvergleichen zu den derzeitigen Mietkosten von jährlich rund 330.000 € müssen dem Gemeinderat so rechtzeitig vorliegen, dass evtl. auch ein eigener Rathausbau als ernsthafte Alternative realisiert werden könnte – mit allen Chancen für die Entwicklung des Gesamtareals Rosengarten und Marktplatz. Und das könnte auch Aufgabe einer neu gegründeten städtischen Wohnbaugesellschaft werden.

Nachdenklich stimmt die GOL die Auflistung der Stadtverwaltung zu Investitionsmaßnahmen, die nicht in der Finanzplanung bis 2020 enthalten sind. In den dafür veranschlagten rund 81 Mio. € sind auch viele Sanierungs- und Umbaumaßnahmen enthalten, wie etwa an der Beutelsbacher Grundschule oder den historischen Rathäusern in Großheppach und Strümpfelbach. Wir bezweifeln stark, dass alle diese Maßnahmen so weit hinausgeschoben werden können und befürchten vielmehr einen neuen Sanierungsstau.

#### Remstal Gartenschau

Viele Bürgerinnen und Bürger haben im „Ideengarten“ engagiert mitgearbeitet und interessante Vorschläge eingebracht. Nun müssen Gemeinderat und Verwaltungsspitze rasch über diese Anregungen und deren Realisierbarkeit beraten und Farbe bekennen, welche Projekte in welchem Rahmen machbar sind und was eben nicht. Mit Blick auf den drohenden Schuldenberg wird nicht alles realisierbar sein, was bisher angedacht ist. Dies gilt es offen auszusprechen, auch wenn manche Erwartungen dadurch enttäuscht werden. Aus Sicht der GOL müssen Projekte im Vordergrund stehen, die zusätzlichen Nutzen mit sich bringen und über das Jahr 2019 hinaus zur Stadtentwicklung beitragen. Paradebeispiel dafür ist das Projekt an der Häckermühle, mit dem neben einem öffentlichen Park an der Rems auch der Lückenschluss beim Remstalradweg und der dringend erforderliche Hochwasserschutz für Großheppach geschaffen werden kann. Ähnliches gilt für das Projekt an der Einmündung des Schweizerbaches in die Rems, mit dem die Umgebung des Birkel-Areals aufgewertet wird,

was die Vermarktung der dortigen Gewerbebauplätze unterstützen kann. Beeindruckend war die Ideenvielfalt zum Bürgerpark „Grüne Mitte“ mit 130 Projektvorschlägen. Davon ist sicherlich manches nicht realisierbar, insbesondere kann der Schweizerbach wegen fehlender Grundstücke auf absehbare Zeit nicht renaturiert werden. Dennoch sehen wir es als interessante Herausforderung, den Flickenteppich an Themen und verfügbaren Grundstücken ohne spektakuläre und teure Baumaßnahmen zu einem bunten Bürgergarten zusammenzufügen.

Kritisch ist die Haltung der GOL gegenüber den bisherigen Planungen zu den Höhepunkten, insbesondere zur Burgruine Kappelberg und zum Großheppacher Wasserhäusle. Diese aufwändigen Projekte müssen unter Berücksichtigung der Ideen aus der Bürgerschaft inhaltlich überplant und bei den Baukosten deutlich abgespeckt werden. Nur so können wir dort zustimmen. Und für die Projekte am Karlstein und beim Naturfreundehaus ist unser Votum ganz einfach: Streichen!

#### Stadtwerke Weinstadt

Die GOL ist froh darüber, wie unser Stadtwerkechef Thomas Meier und seine Mannschaft mit Elan und Kompetenz bestehende Geschäftsfelder weiter entwickeln und neue erschließen, wie derzeit im Bereich der Nahwärmeversorgung. Das bringt uns wirtschaftlich und ökologisch voran und nützt auch dem einzelnen Bürger. Machen Sie bitte weiter so, unsere Unterstützung ist Ihnen gewiss!

#### Zum Schluss

Die Lage unserer Stadt wird fraglos von der Finanzmisere überschattet, und das muss unser Handeln bestimmen. Dennoch besteht kein Grund, alles nur grau in grau zu malen. Vieles in der Stadt konnte in den letzten Jahren positiv weiter entwickelt werden und mit Fug und Recht kann gesagt werden, dass es sich in Weinstadt gut leben lässt!

Abschließend gilt der Dank der GOL allen, die sich in Weinstadt ehrenamtlich einsetzen, also bei der Feuerwehr und den anderen Hilfsdiensten, in Vereinen, im Stadt seniorenrat, im Jugendgemeinderat, im Arbeitskreis Asyl und in vielen anderen Bereichen. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sagen wir Dank für die geleistete Arbeit in diesem Jahr, verbunden mit dem Wunsch auf gute Zusammenarbeit in einem hoffentlich erfolgreichen Jahr 2016.“

Stadtrat Hans Randler für die SPD:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Oswald, sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Deißler, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zunächst ein paar Vorbemerkungen zur finanziellen Situation der Stadt.

Weinstadt hatte 2012 mit 4,6 Mill. € den niedrigsten Schuldenstand in seiner Geschichte.

Der Haushaltsplan für 2015 sah zum Jahresende einen Schuldenstand von 15 Mill. € vor.

Im Haushaltsplanentwurf für 2016 ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von 13,8 Mill. vorgesehen, so dass Ende 2016 die Verschuldung von Weinstadt bei 27,7 Mill. € liegen soll.

Es wurde in den letzten Jahren sehr viel in Bildung und Betreuung investiert, siehe Ganztagesbetrieb an den Schulen und Ausbau Kinderbetreuung. Mit den auch daraus resultierenden Personalkostensteigerungen wird der Haushalt auch in den kommenden Jahren zunehmend stärker belastet werden.

Nach dem Haushaltsplanentwurf können bereits 2018 im Verwaltungshaushalt die Kosten des laufenden Betriebs nicht mehr erwirtschaftet werden. Der Vermögenshaushalt erhält 2017 nicht mehr die zur Tilgung der Schulden erforderliche Zuführung.

Das ist nicht zu verantworten.



Deshalb haben sich die Fraktionen des Gemeinderats zusammengesetzt um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Es wurden dann gemeinsame Anträge gestellt, die zu mehr Einnahmen und weniger Ausgaben führen. Dadurch wird die Neuverschuldung deutlich verringert.

#### Verwaltungshaushalt

Die Erhöhung der Kindergartengebühren wurde aufgrund der höheren Personal- und Betriebskosten notwendig. Gegenüber der Empfehlung des Sozial- und Kulturausschusses wurde die Erhöhung zugunsten von Mehrkindfamilien verringert.

Sie erfolgt zudem erst ein halbes Jahr später als vorgesehen und wird dann statt bisher 13,5 % 2017 effektiv bei 15 % Kostendeckungsgrad liegen.

Die Kostendeckung liegt damit noch weit hinter der 20 % Empfehlung im Landesrichtsatz zurück.

Nun zu den gemeinsamen Anträgen aller Fraktionen im Verwaltungshaushalt:

- Die Grundsteuer B wird nicht wie von der Verwaltung vorgesehen auf 460 sondern nur auf 450 Prozentpunkte erhöht.
- Die Gewerbesteuer wird von 370 auf 385 Prozentpunkte erhöht. Damit liegt der Gewerbesteuersatz noch hinter dem höchsten im Rems-Murr-Kreis.
- Die Vergnügungssteuer wird von 24 auf 25 % erhöht.

Einsparungen bei den Ausgaben werden beantragt

- für die Streichung von Ausgaben für externe Öffentlichkeitsarbeit
- für die Kürzung der Kosten für die Landesliterartage
- für die Streichung von Fremdleistungen im Bereich Hochbauamt
- für die Streichung bei Kosten eigener Veranstaltungen
- durch globale Einsparungen an verschiedenen Posten im Vermögens- und Verwaltungshaushalt

und im Personaletat

- für die Streichung der neu zu schaffenden Grundbucheinsichtsstelle
- für die Streichung der Aufstockung im Bereich Stadtmarketing / Kultur
- für eine Verringerung der Kosten für die Überlappungszeit alter – neuer Amtsleiter Tiefbauamt

Zu Beginn 2016 muss eine Sparkommission, wie schon einmal erfolgreich eine Haushaltsstrukturkommission, genauestens prüfen, wo bei den Ausgaben Einsparungspotenzial besteht. Außerdem ist es wieder an der Zeit die städtischen Gebührensätze bezüglich Aufwand und Kosten zu prüfen und neu zu berechnen.

Letztendlich wird auch zu prüfen sein, wo die Stadt über ihre Verpflichtung hinaus freiwillige Leistungen erbringt und ob das in jedem Fall sinnvoll und notwendig ist.

#### Vermögenshaushalt

Wir können nicht wie im Haushaltsplan vorgesehen in die Verschuldung gehen. Daher müssen wir neben den Maßnahmen in den Haushaltsanträgen im Sinne der Nachhaltigkeit wirtschaften und bei allen Investitionen immer auch Folgekosten im Auge haben.

Nun zu den gemeinsamen Anträgen aller Fraktionen im Vermögenshaushalt:

- Prüfung Handlungsalternativen Rathuserweiterung Beutelsbach vorziehen von 2017 auf 2016
- Erneuerung Kleinspielfeld an der Beutelsbacher Halle um ein Jahr vorziehen auf 2016. Dabei Erneuerung nur des oberen Spielfeldes. Das untere Tennisspielfeld kann mangels Nutzung asphaltiert werden.

- Sperrvermerk für alle Projekte Remstalgartenschau. Die jeweilige Freigabe erfolgt mit der Entscheidung für das einzelne Projekt.
- Der Sperrvermerk Projekt Aussichtspunkt Wasserhäusle Großheppach bleibt erhalten.
- Erneuerung Bühnenvorhang Jahnhalle wird verschoben.
- Die Mittel für Erneuerung Straßenbeleuchtung und Umrüstung auf LED-Leuchten sollen von 50.000 auf 100.000 Euro erhöht werden. Der komplette Ersatz der Quecksilberdampf Lampen würde ca. 1 Million Euro kosten.  
Antrag CDU, SPD, GOL

Wir befürworten ausdrücklich den Antrag der GOL, auf allen Friedhöfen in Weinstadt Urnengemeinschaftsgräber anzulegen, da dieser Antrag bereits zweimal in öffentlicher Sitzung von der SPD-Fraktion gestellt wurde. Die Verwaltung hatte dann darauf hingewiesen, dass dieses Thema bei der Vorstellung des Friedhofskonzeptes berücksichtigt wird.

Nach den erfolgten Grundstücksankäufen beginnt nächstes Jahr die Umsetzung des Neubaugebietes Halde V. Wir beantragen, dass dort durch sozialen Wohnungsbau auch bezahlbare Wohnungen für Familien geschaffen werden. Mit Zuschüssen aus dem Landeswohnraumförderprogramm kann die Stadt in einem noch zu gründenden Eigenbetrieb Städtische Wohnungsbaugesellschaft Wohnraum mit günstiger Miete schaffen. Wir verlangen heute schon eine klare Zusage der Verwaltung, dass dieses Thema zu Beginn 2016 im Gemeinderat behandelt wird.

Für das Neubaugebiet wollen wir verpflichtend den Anschluss an eine Nahwärmeversorgung durch eine Kraft-Wärme-Koppelung mit einem Blockheizkraftwerk wie in Benzach festlegen. Neben einer kostengünstigen und energieeffizienten Wärmeversorgung schaffen wir auch eine Verringerung des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes gegenüber herkömmlichen Heizungsanlagen. Ebenso ist im Bebauungsplan die Möglichkeit der Solarenergienutzung vorzusehen.

Im unteren Teil des Neubaugebiets besteht zudem die Möglichkeit, das unweit davon geförderte 14 Grad warme Mineralwasser für die Wärmeversorgung einzusetzen.

Bei den geplanten Projekten der Remstalgartenschau wollen wir jetzt nach der Bürgerbeteiligung mit den daraus hervorgegangenen guten Ideen die Umsetzung einzelner Projekte beschließen. Dabei steht bei uns im Vordergrund, dass nachhaltig Werte geschaffen werden und die Realisierung in jedem Fall finanziell darstellbar ist.

Die grüne Mitte als Bürgerpark zu gestalten, sehen wir mit Einschränkungen als möglich an. Da wichtige Grundstücke nicht erworben werden konnten, ist ein Bürgerpark wie vom Büro A 24 im Entwurfsplan vorgesehen, nicht möglich. So gibt es eben den Bürgerpark „light“.

Es wird neben einem ausgebauten Radweg am Schweizerbach die Gestaltung von Parkflächen mit Aufenthaltscharakter mit der Integrierung des Gemeinschaftsprojekts Genussgarten möglich sein. Zur Finanzierung kann das zeitnah zu realisierende Baugebiet Deitwiesländer, unter Einbeziehung städtischer Grundstücke dienen. So können wir dem großen Bedarf an neuen Flächen für Wohnbebauung in Beutelsbach nachkommen.

Im Bürgerpark können durch Baumpflanzungen Ausgleichsmaßnahmen für das Regenrückhaltebecken Schachen und das Neubaugebiet Deitwiesländer ermöglicht werden.

Des Weiteren halten wir die Gartenschauprojekte Birkelspitze und Häckermühle mit Wassererlebnispark für wichtig und mit dem Gartenschauausschuss realisierbar. Für die dort dringend notwendigen Maßnahmen zum Hochwasserschutz ist mit einem weiteren Zuschuss zu rechnen.

Die Burgruine Kappelberg wollen wir aufgrund ihrer geschichtlichen Bedeutung für das Haus Württemberg und den Bauernaufstand Armer Konrad als ein angemessenes Wahrzeichen erhalten und ausbauen.

Wir wollen im nächsten Herbst einen neuen Zuschussantrag stellen mit einem Projekt, das wir zu Beginn des nächsten Jahres mit Vorschlägen aus der Bürgerschaft entwickeln werden.

Die neben dem beschlossenen Radwegausbau noch geplanten Projekte der Remstalgartenschau müssen jeweils noch auf Machbarkeit und Finanzierbarkeit geprüft werden.

Im nächsten Jahr beginnt die Baumaßnahme Ganztagesgrundschule Großheppach. Sie wurde dieses Jahr mit Kosten von fast 5 Millionen € nach erfolglosen Einsparungsbemühungen beschlossen.

Die nächste Ganztagesesschule ist in Beutelsbach vorgesehen. Deren Finanzierung ist im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nicht dargestellt. Ebenso ist die Weiterführung der versprochenen Sanierung Rathaus Strümpfelbach noch nicht abzusehen. Für diese Maßnahmen fehlt uns in den nächsten Jahren einfach das Geld.

Die im Haushaltsantrag enthaltene Einsetzung der 50.000 Euro für das Thema Handlungsalternativen Rathäuserweiterung halten wir für sehr wichtig. Schon in der letzten Haushaltsberatung kam von allen Fraktionen die Forderung durch eine Rathäuserweiterung bis zum ablaufenden Mietvertrag Ende 2020 künftig Mietkosten für das technische Rathaus, jährlich 300.000 € und für die Bücherei 100.000 €, einzusparen. Dazu bedarf es jetzt zügig einer Machbarkeitsanalyse mit grober Entwurfsplanung und Darstellung der Finanzierung.

Wir befürworten ausdrücklich die Förderung der dringend notwendigen Breitbandverkabelung für Baach und Gundelsbach. Wir sehen hier kein Einsparpotenzial im Haushalt.

Bei allen Sparbemühungen dürfen wir bei den städtischen Gebäuden Sanierungen zum Werterhalt und zur Energiekosteneinsparung nicht aus den Augen verlieren und notwendige Maßnahmen rechtzeitig ausführen.

Dem Antrag des Jugendgemeinderats auf freies WLAN konnten wir für den Bereich Mensa und das Haus der Jugendarbeit zustimmen. Auch im vergangenen Jahr sahen wir wieder eine gute und engagierte Arbeit des Jugendgemeinderats.

Abschließend wollen wir uns bei der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit bedanken.“

Stadtrat Witzlinger für die CDU:

„Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Oswald, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Das Jahr 2016 steht vor der Tür. Wir sind gehalten, noch zum Ende des Jahres 2015 einen tragfähigen Haushalt für die Stadt Weinstadt zu verabschieden. Wir dürfen davon ausgehen, dass das Jahr 2016 vielleicht Unsicherheiten und Veränderungen im Rathaus mit sich bringen wird. Wir alle werden im Herbst 2016 aufgerufen sein, einen Oberbürgermeister zu wählen. Umso wichtiger ist es, dass der Gemeinderat sich gemeinsam seiner Verantwortung für Weinstadt bewusst ist.

Deshalb hat der Gemeinderat in diesem Jahr einen neuen gemeinsamen Weg beschritten bei der Erstellung der Anträge zum Haushaltsplan. In einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionen haben wir gemeinsame Anträge formuliert zum Personaletat, zum Verwaltungshaushalt und zum Vermögenshaushalt samt Investitionsprogramm. Wir gehen davon aus, dass damit die

Weichen richtig gestellt sind, damit das Jahr 2016 und auch das Haushaltsjahr 2017 genehmigungsfähig sind.

Selten stand Weinstadt in seiner Geschichte vor so großen Herausforderungen. Nach bisherigem Stand ist davon auszugehen, dass wir im Jahr 2016 noch eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt von 1,5 Millionen € schaffen, im Jahr 2017 sind wir nach den bisherigen Haushaltsentwurf nicht mehr in der Lage, eine Zuführung zu erwirtschaften. Deshalb wollen wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, damit Weinstadt auch in Zukunft handlungsfähig bleibt. Wir müssen die Einnahmen unserer Stadt erhöhen und die Ausgaben drastisch einschränken.

Ich werde aus Zeitgründen davon Abstand nehmen, jeden einzelnen Haushaltsantrag hier zu erörtern, da zumeist die jeweilige Begründung schon als Erklärung ausreicht. Deshalb sollen nur die wichtigsten Kernpunkte vorgestellt werden. Dabei habe ich auch berücksichtigt, dass die CDU in diesem Jahr den vierten Redebeitrag stellen darf.

Erhöhung der Grundsteuer B von derzeit 410 % Punkten auf 450 % Punkte.  
Diese Erhöhung kostet die Bürger Geld. Egal, ob als Eigentümer oder als Mieter, jeder wird im nächsten Jahr rund 10 % mehr für die Grundsteuer B ausgeben müssen. Das beschert uns Mehreinnahmen von knapp einer halben Million Euro. Geld, welches wir dringend benötigen. Vom ursprünglichen Plan der Verwaltung, die Grundsteuer sogar auf 460 Punkte zu erhöhen, sind wir abgewichen, um die Belastung der Bürger nicht zu überspannen.

Stattdessen haben wir die Gewerbesteuer, die seit dem Jahr 2006 in Weinstadt unverändert ist, moderat um 15 % - Punkte nach oben gesetzt. Dies entspricht einer prozentualen Erhöhung um rund 5,4 % und mehr Einnahmen von ebenfalls rund einer halben Million. Wir halten das mehrheitlich für zumutbar und vertretbar, um Weinstadt handlungsfähig zur halten.

Auch die Vergnügungssteuer erhöhen wir deshalb von 24 % Prozent auf 25 % Prozent.

Schließlich senken wir als 3. Säule, die Ausgaben im Haushalt drastisch. Allen voran genannt seien die globalen Einsparungen der Verwaltung im Verwaltungshaushalt bei Geräten, Ausstattungen, Einrichtung Fortbildung Bürobedarf Zeitschriften Dienstreisen und vermischten Ausgaben mit einer Kosteneinsparung von rund 200.000 €.

Bei den Einsparungen müssen auch alle Projekte für die Remstal Gartenschau im Jahr 2019 auf den Prüfstand. Wir halten es für denkbar, dass das Projekt Häckermühle mit der geplanten Remsrenaturierung in der ursprünglichen Form umgesetzt wird. Dies rechtfertigt sich daraus, dass wir mit diesem Projekt u.a. den Hochwasserschutz in der gesetzlich geforderten Form gewährleisten, ein attraktives Rems-Projekt für Jung und Alt, für Bürger und Besucher gleichermaßen schaffen und damit Werte für die Zukunft schaffen. Bei allen anderen Projekten werden wir im Jahr 2016 intensiv prüfen, ob wir uns diese Projekte für die Gartenschau leisten können. Dies gilt auch für das bereits beschlossene und mit einem Sperrvermerk versehene Projekt Aussichtspunkt Wasserhäusle in Großheppach.

Ganz sicher werden wir im Jahr 2016 den Hochwasserschutz angehen müssen. Wir werden endlich das Rückhaltebecken Schachen bauen mit einem Investitionsvolumen von rund 4,5 Millionen €. Auch die Großheppacher Grundschule muss im Jahr 2016 begonnen werden, damit hier die Ganztagesbetreuung, welche in unseren Kinderhäusern begonnen wurde, für die Schüler dann erfolgreich weitergeführt werden kann. Nach bisherigem Stand erscheint es fraglich, ob weitere Ganztageschulen in Weinstadt entstehen können. Wir können uns nicht alles leisten.

Wir werden ab 1.7.2016 die Kindergartengebühren erhöhen. Dabei werden wir eine Kostendeckung der Kindergartengebühren von 15 % anstreben. Mittelfristig werden wir die Deckung

auf 20 % anheben müssen. Anders lässt sich eine aufwändige und qualitative Kinderbetreuung nicht umsetzen. Kinderbetreuung ist nur ein Teil unserer Pflichtaufgaben, wir müssen deshalb wenigstens einen Bruchteil der Kosten über die aufwandsbezogenen Kindergarten-Gebühren finanzieren. Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die allermeisten Eltern unseren Kompromiss in Sachen Kindergartengebühren akzeptiert haben, weil sie bereit sind, ihren Kosten Anteil zu tragen. Was die unzufriedenen Eltern von Zwillingen angeht, so weisen wir darauf hin, dass wir es als sehr großzügig ansehen, dass die bisherige Zwillingsregelung, wonach eines der Zwillingskinder nichts kostet, noch bis 30.6.2016 fortgeführt wird. Damit sparen die Eltern noch viel Geld. In Waiblingen, Remshalden, Kernen oder Schorndorf gibt es keine Zwillingsregelungen. Niemand kommt deshalb auf die Idee, die dortigen Gebührensatzungen als ungerecht zu bezeichnen

Wir benötigen in naher Zukunft dringend angemessenen Wohnraum für Senioren. Hier muss geprüft werden, inwieweit eine städtische Wohnbaugesellschaft dafür Sorge trägt, dass Senioren gerechter Wohnraum zu vernünftigen Preisen erstellt wird. Schön wäre der Bereich des BleistiftAreal in Beutelsbach.

Gerade deshalb, weil unsere Kassen fast leer sind, müssen wir im Jahr 2016 einen weiteren Planungsaufwand betreiben und prüfen, inwieweit der Neubau eines eigenen Rathauses oder eine Umgestaltung der vertraglichen Verhältnisse uns mittelfristig entlastet, um damit die derzeitigen hohen Mietkosten für das Reichenecker Areal einzusparen.

Wir haben dafür gemeinsam einen Planungsaufwand von 50.000. - Euro in den Haushalt eingestellt.

Auf dem Schönbühl, auf dem Saffrichhof, im Technikum auf dem Birkel-Areal und dem Bereich des Cabrio-Geländes sind jetzt Flüchtlinge angekommen oder werden dort bald ankommen. Wir verstehen, dass dies Ängste auslöst. Wir sehen aber auch, dass viele Bürger sich für die Flüchtlinge einbringen, nicht weil sie einfältige Gutmenschen sind, die keinen Blick für mögliche Gefahren und Enttäuschungen hätten, sondern weil sie den Menschen in seiner Bedürftigkeit sehen. Wir glauben, dass der persönliche Kontakt zwischen unseren Bürgern und den Flüchtlingen eine wichtige Grundlage dafür darstellt, dass man sich mit Achtung und Respekt begegnet und Ängste abbaut. Wir sagen all unseren Mitbürgerinnen und Mitbürger Dank für diese großartige ehrenamtliche Unterstützung!

Abschließend sei gesagt, dass die Arbeit für den Gemeinderat aufgrund der großen finanziellen und persönlichen Herausforderungen unserer Zeit nicht einfacher geworden ist. Wir alle gemeinsam versuchen, die Belange von ganz Weinstadt, all seinen Bürgerinnen und Bürgern, zum Ausgleich zu bringen. Dabei haben wir durchaus Verständnis, dass Wünsche an uns herangetragen werden. Wenn diese Wünsche jedoch nur darin bestehen, die eigene vorteilhafte Situation egoistisch zu erhalten, können und wollen wir nicht helfen.

Umso mehr freut uns und danken wir deshalb für das Engagement unserer Vereine und Einrichtungen für die Jugend, Sport, Musik, Kultur, Soziales und Sicherheit und friedliche Religion mit dem Ziel, stets das menschliche Miteinander zu fördern, zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger von Weinstadt.

Abschließend bedanken wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern von Weinstadt für alle Anregungen und die Unterstützung unserer Arbeit und wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Wir wünschen ihnen allen gesegnete Weihnachten, ein gutes Miteinander und Frieden für das Jahr 2016!“

Oberbürgermeister Oswald dankt.

Anschließend ruft der Vorsitzende die Beratungsunterlage 233/2015 auf. Es wird nun über die einzelnen Haushaltsanträge abgestimmt:

#### Verwaltungshaushalt

1) Antrag aller Fraktionen: Liegenschaftsamt - Grundbucheinsichtsstelle 0,2 AK streichen

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

2) Antrag aller Fraktionen: Stadtmarketing/Kultur - Aufstockung Sachbearbeitung 0,3 AK streichen

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

3) Antrag aller Fraktionen: Tiefbauamt - Zusätzliche Personalkosten beim Wechsel Amtsleitung auf 85.700 EUR begrenzen

Man kommt überein, dass der Antrag nicht zur Abstimmung gebracht wird. Das Thema soll im kommenden Jahr in der Haushaltsstrukturkommission beraten werden.

4) Antrag aller Fraktionen: Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 410 % um 40 Punkte auf 450 % anstatt des Verwaltungsvorschlags auf 460 % (-115 TEUR)

Nach einer kurzen Aussprache stimmt das Gremium dem Antrag mit einer Gegenstimme zu.

5) Antrag aller Fraktionen: Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer von 370 % um 15 Punkte auf 385 % (+470 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag mit drei Gegenstimmen zu.

6) Antrag aller Fraktionen: Erhöhung des Hebesatzes der Vergnügungssteuer von 24 % um 1 Punkt auf 25 % (+25 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

7) Antrag aller Fraktionen: Obere Gemeindeorgane - Ausgaben für externe Öffentlichkeitsarbeit streichen (-10 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

8) Antrag von CDU, FWV, GOL: Ausgaben für Beutelsbacher Häuserbuch streichen (-9 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 9) Antrag aller Fraktionen: Kulturelle Veranstaltungen - Ausgaben für Landesliterartage kürzen von 120 TEUR auf 90 TEUR (-30 TEUR).

Das Gremium lehnt diesen Antrag ab.

- 10) Antrag aller Fraktionen: Hochbauamt - Planbetrag für Fremdleistungen streichen (-15 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 11) Antrag aller Fraktionen: Stadtmarketing - Planbetrag Sachaufwand eigene Veranstaltungen kürzen von 104 TEUR auf 74 TEUR (- 30 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 12) Antrag aller Fraktionen: Globale Einsparungen der Verwaltung im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt  
Geräte/Ausstattung/Einrichtung, Fortbildung, Bürobedarf, Zeitschriften, Dienstreisen, vermischte Ausgaben (-200 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

#### Vermögenshaushalt

- 13) Antrag aller Fraktionen: Prüfung von Handlungsalternativen zur Rathuserweiterung Beutelsbach vorziehen auf 2016 (+50 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 14) Antrag aller Fraktionen: Erneuerung Kleinspielfeld an der Beutelsbacher Halle verändern und vorziehen auf 2016 (+85 TEUR 2016 / -172 TEUR 2017)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 15) Antrag aller Fraktionen: Sperrvermerk für alle Planungskosten im Hinblick auf die Remstal Gartenschau 2019

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 16) Antrag aller Fraktionen: Sperrvermerk für das Remstal-Gartenschau-Projekt „Aussichtspunkt Wasserhäusle Großheppach“ wird beibehalten.

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

17) Antrag von CDU, GOL, SPD: Straßenbeleuchtung - Mittelansatz für Umstellung auf LED-Leuchten um 50 TEUR erhöhen auf 100 TEUR (+50 TEUR)

Nach einer kurzen Beratung stimmt das Gremium dem Antrag mit zwei Gegenstimmen zu.

18) Antrag aller Fraktionen: Erneuerung Bühnenvorhänge Jahnhalle verschieben (-20 TEUR)

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

19) Antrag der GOL: Bestattungswesen - 2016 wird auf jedem Friedhof in Weinstadt die Möglichkeit der Bestattung in einem Gemeinschaftsurnengrab eingerichtet

Es folgt ein kurzer Austausch, in dem Stadtrat Dr. Siglinger die Bedeutung dieses Themas unterstreicht und sich für einen Beschluss über den Antrag ausspricht.

Oberbürgermeister Oswald erwidert, dass er über diesen Sachantrag an dieser Stelle nicht abstimmen lassen könne. Er habe aber aufgenommen, dass das Thema für wichtig erachtet werde. Er formuliert für das Protokoll, dass die Gemeinschaftsurnengräber zeitnah ermöglicht werden sollten.

Der Vorsitzende ruft nun die Beratungsunterlage 231/2015 auf. Anschließend erläutert Herr Weingärtner den Sachverhalt.

Es folgt ein kurzer Austausch.

Herr Weingärtner erläutert nun die mittelfristige Finanzplanung und das Investitionsprogramm.

Anschließend stimmt der Gemeinderat der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und dem Investitionsprogramm zu.

Es folgt nun der Haushaltsbeschluss 2016.



**Das Gremium stimmt einstimmig der Haushaltssatzung 2016 zu.**

## **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016**

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (Gesetzblatt Seite 582, berichtigt Seite 698) hat der Gemeinderat am 17.12.2015 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen:

### **§ 1 Haushaltsplan**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	81.721.800 EUR
davon im <b>Verwaltungshaushalt</b>	63.576.600 EUR
<b>Vermögenshaushalt</b>	18.145.200 EUR
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	12.894.500 EUR
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	3.755.000 EUR

### **§ 2 Kassenkreditermächtigung**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 EUR

### **§ 3 Realsteuerhebesätze**

Die Stadt Weinstadt erhebt Grundsteuer und Gewerbesteuer.

Die Hebesätze werden festgesetzt für die

1. Grundsteuer für	
- land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	375 v.H.
- Grundstücke (Grundsteuer B) auf	450 v.H.
2. Gewerbesteuer auf	385 v.H.

der Steuermessbeträge

Weinstadt, den 17.12.2015

Jürgen Oswald  
Oberbürgermeister

**3. Beratung und Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2016 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung BU Nr. 199/2015**

Oberbürgermeister Oswald ruft den Tagesordnungspunkt auf. Anschließend erläutert Herr Weingärtner den Sachverhalt.

Es folgt keine Aussprache.

**Das Gremium beschließt einstimmig den Wirtschaftsplan 2016 für die Stadtentwässerung Weinstadt.**

**Wirtschaftsplan 2016 für die Stadtentwässerung Weinstadt**

Aufgrund § 96 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit den §§ 14 und 15 des Eigenbetriebsgesetzes hat der Gemeinderat am 17.12.2015 den Wirtschaftsplan 2016 wie folgt festgestellt:

1.	<b>Erfolgsplan</b>	- Erträge -	4.922.000 EUR
		- Aufwendungen -	4.922.000 EUR
2.	<b>Vermögensplan</b>	- Finanzierungsmittel -	4.022.500 EUR
		- Finanzierungsbedarf -	4.022.500 EUR
3.	Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen		0 EUR
4.	Höchstbetrag der Kredite zur Deckung des Bedarfs des Vermögensplanes		2.340.000 EUR
5.	Höchstbetrag der Kassenkredite		2.000.000 EUR

Weinstadt, den 17.12.2015

Jürgen Oswald  
Oberbürgermeister

**4. Beratung und Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2016 des Eigenbetriebs Stadtwerke BU Nr. 216/2015**

Oberbürgermeister Oswald ruft den Tagesordnungspunkt auf. Auf einen Sachvortrag und eine Aussprache wird verzichtet.

**Das Gremium beschließt einstimmig den Wirtschaftsplan 2016 für die Stadtwerke Weinstadt.**

**Wirtschaftsplan 2016  
für die  
Stadtwerke Weinstadt**

Aufgrund § 96 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit den §§ 14 und 15 des Eigenbetriebsgesetzes hat der Gemeinderat am 17.12.2015 den Wirtschaftsplan 2016 wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan	- Erträge	4.517.300 €
	- Aufwendungen	-4.363.500 €
	- Jahresgewinn	153.800 €
2. Vermögensplan	- Finanzierungsmittel	5.341.900 €
	- Finanzierungsbedarf	-5.341.900 €
3. Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen		0 €
4. Höchstbetrag der Kredite zur Deckung des Bedarfs des Vermögensplans		3.676.000 €
5. Höchstbetrag der Kassenkredite		3.000.000 €

Weinstadt, 17.12.2015

Jürgen Oswald  
Oberbürgermeister

**5. Bebauungsplan „Stubenweg,, Weinstadt-Großheppach, BU Nr. 236/2015  
Satzungsbeschluss Aufstellung des Bebauungsplans  
im beschleunigten Verfahren und Satzung über örtliche  
Bauvorschriften, Behandlung der Stellungnahmen**

Oberbürgermeister Oswald ruft den Tagesordnungspunkt auf. Anschließend erläutert Erster Bürgermeister Deißler den Sachverhalt und verweist auf die Vorberatung.

Ohne weitere Aussprache geht das Gremium zur Beschlussfassung über.

**Das Gremium fasst mit 24 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme folgenden Beschluss:**

**1. Der Gemeinderat stellt die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen in die Abwägung gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch ein und beschließt die Abwägung wie in der Anlage mit Datum 11.11.2015 vorgeschlagen.**

**2. Der Gemeinderat der Stadt Weinstadt beschließt auf Grund des § 10 des Baugesetzbuchs sowie des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der jeweils geltenden Fassung, den im beschleunigten Verfahren aufgestellten Bebauungsplan „Stubenweg“ Weinstadt-Großheppach, bestehend aus der Planzeichnung vom 26.06.2015 und dem Textteil vom 26.06.2015 als Satzung. Es gilt die Begründung vom 26.06.2015 / 11.11.2015.**

**3. Der Gemeinderat der Stadt Weinstadt beschließt auf Grund des § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit § 10 des Baugesetzbuchs sowie des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der jeweils geltenden Fassung den Entwurf der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Stubenweg“ Stadtteil Großheppach, bestehend aus der Planzeichnung vom 26.06.2015 und dem Textteil vom 26.06.2015 als Satzung. Es gilt die Begründung vom 26.06.2015 / 11.11.2015.**

**6. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes**

Keine Themen.

## ZUR BEURKUNDUNG

Weinstadt, den

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

Weinstadt, den

\_\_\_\_\_  
Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

\_\_\_\_\_  
Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

\_\_\_\_\_  
Schriftführer